

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljahr 2.76, unter Kreuzband für Deutsch- und Cisleithanien 3.00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3405.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789.
Verlagspreis von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eigentümliche Preistabelle mit 10 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 36.

Dresden, Dienstag den 13. Februar 1912.

23. Jahrg.

Nationalliberale Verwirrung.

Berlin, 12. Februar. Die nationalliberale Fraktion des Reichstags beschloß fast einstimmig, sich an dem Reichstagspräsidenten auf der bisherigen Basis nicht mehr zu beteiligen. Der Abgeordnete Naacke soll erwidern, sein Amt als zweiter Vizepräsident niederzulegen.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat also in ihrer Sitzung vom 12. Februar beschlossen, auf eine Beteiligung an der Bildung des Präsidiums vorläufig zu verzichten. Dadurch ist die Verwirrung auf den höchsten Punkt gekommen. Von der nationalliberalen Fraktion kann man jetzt schon sagen: Sie schwankt nicht mehr, sie fängt schon an zu zerfallen! Lieber ihre Beschlüsse wird parteiunfähig das Folgende mitgeteilt:

Die nationalliberale Fraktion ist bei der Frage des Präsidiums davon ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Rechten noch ausschließlich mit der Linken ein Präsidium bilden könne. Diesem Standpunkt entsprechend ist am 9. d. M. ein Präsidium gewählt worden, das nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen am ersten arbeitstüchtig war, weil in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstags vertreten waren. Der Entschluß des Herrn Spahn, aus diesem Präsidium auszutreten, hat die Sachlage so verändert, daß die nationalliberale Partei sich nunmehr außerstande sieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Deswegen hat Prinz Schönerich-Karolath es abgelehnt, für den frei gewordenen Posten des ersten Präsidenten zu kandidieren, und die Fraktion hat Herrn Dr. Naacke ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen.

Dieser Beschluß der nationalliberalen Fraktion schiebt die Präsidentenfrage abermals in das tiefste Dunkel zurück, ohne irgendeinen Weg zu zeigen, der zur Klärung führen könnte. Er sagt nur, was die Nationalliberalen nicht tun werden, aber davon, was sie tun werden, verrät er nichts. Die Nationalliberalen stellen keinen Kandidaten für den Präsidentenposten, und sie stellen an ihren zweiten Vizepräsidenten das Ersuchen, zurückzutreten, dem er, obgleich widerwillig, zu folgen wohl gezwungen sein wird. Wie wollen sich die Nationalliberalen aber weiter verhalten? Sie wollen nicht ausschließlich mit der Rechten ein Präsidium bilden, das heißt, wenn sie selbst im Vorzug vertreten zu sein wünschen, kann für die Vertretung der Rechten nur ein Platz geschaffen werden, der zweite müßte, da die Rechte sich weigert, mit einem Sozialdemokraten zusammenzusetzen, einem Fortschrittler übertragen werden. Das würde dann heißen: Es wird die Hälfte der Fortschrittspartei erwartet, um in vier Wochen, bei der wiederholten Präsidentenwahl, die Sozialdemokratie aus dem Präsidium wieder zu verdrängen. Es müßte dann ein Präsidium, bestehend aus zwei Liberalen, einem Nationalliberalen und einem Fortschrittler, und einem Zentrumsmittler oder einem Mann der äußersten Rechten, zusammenkommen.

Ein so skandalöses Verhalten müßte sich an den Liberalen bitter rächen. Soweit die Stimmung unter den Fortschrittlichen bekannt ist, kann man einstweilen auf ihre Beteiligung an einem solchen Präsidentenposten nicht rechnen.

Einwänden muß aber jetzt schon der erste und der dritte Kandidatenposten neu besetzt werden. In dem Augenblick, in dem Herr Naacke dem Wunsch seiner Fraktion folgt, wird der Reichstag nur noch einen Präsidenten, den Sozialdemokraten Scheidemann, haben. Dieser muß sofort die Würde des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten in die Wege leiten. Für diese Posten ist weder ein Kandidat der Rechten noch ein Nationalliberaler zu haben, es bleibt also neben der Sozialdemokratie, die im Präsidium bereits vertreten ist, nur die Fortschrittspartei übrig. Zwei Parteien, um drei Präsidentenposten zu besetzen!

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich in ihrer heutigen Sitzung mit dieser neu geschaffenen Situation beschäftigen. Sie wird sich dabei jedenfalls darüber klar sein, daß der Beschluß der nationalliberalen Fraktion, die am 9. Februar in ihrer Mehrheit für Scheidemann gestimmt hat, in seiner Wirkung auf den Verlust hinausläuft, den sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten wieder aus seinem Amt zu verdrängen und ihn gleichzeitig zur Niederlegung zu veranlassen.

So ist man also glücklich nach einer Woche vergeblichen Suchens und Suchens wieder auf einem Punkte angelangt, an dem kein Mensch sagen kann, was wird. Die Nationalliberalen haben die sich nach Spahn's Bericht einzig sich ergebende Möglichkeit eines Präsidiums der Linken, in dem ihnen die obdachte Stelle zugefallen wäre, von der Hand geworfen, und damit wiederum die Reichstagsgeschäfte in einen Zustand höchster Verwirrung geführt. Bei den Schwarzblauen wird sich aber ein Dolmetscher der Schadenfreude erheben. Sie haben es darauf angelegt, obgleich eine Niederlage, dem Reichstag ihren Willen aufzuzwingen oder, wenn das nicht geht, ihn aktionsunfähig zu machen. Jetzt stehen sie knapp vor der Erreichung dieses Zieles, und sie verdanken diesen Erfolg genau so wie alle übrigen der Schwachheit, der Unkenntnis, der inneren Zerissenheit des bürgerlichen Liberalismus.

Die Sozialdemokratie, die in das Lager der bürgerlichen Parteien den Erdstoß gemorren hat, kann diesem Treiben Glauben zulegen. Sie ist und bleibt die stärkste Partei des

deutschen Volkes, sie ist und bleibt die bei weitem stärkste Fraktion des Deutschen Reichstags. An einem Vizepräsidentenposten hängt ihr Wohl nicht und von ihm ist auch ihre Machtstellung nicht abhängig.

Wollte der Liberalismus nun wirklich durch das Nicht-treten, das ihm die Schwarzblauen aufgedrückt haben, will er seinen Entschluß, der stärksten Fraktion des Reichstags einen Anteil an der Fällung der Beschlüsse einzuräumen, widerrufen, und Herrn v. Dehnbbrand und Herrn Peter Spahn für seine Kühnheit noch um Verzeihung bitten — er mag es tun! Die Welt wird sich dann an das Wort des Hanabundpräsidenten Nießer erinnern von den Leuten, die Angst vor ihrer eigenen Courage haben, und die Beschlüsse des Liberalismus wird um ein dunkles Kapitel reicher sein!

Ein nationalliberales Organ zu dem Rückzug der Nationalliberalen.

Zu der Erklärung der Reichstagsfraktion schreibt die Nationalzeitung, die auf dem linken Flügel der Partei steht: „Dieser Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird bei einem großen Teile der Parteifreunde ebenso auf Widerbruch stoßen, wie eine Minderheit sich gegen jede Beteiligung an dem Geschäftspräsidium ausgesprochen hat. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die diesen Rückzug aus einer tatsächlichen nicht zu bestreitenden Schwierigkeit als Rückzug vor den Konterpartnern und dem Zentrum bezeichnen werden, denen es in erster Linie darauf ankommt, die parlamentarische Lage zu vertiefen, um Reichstagsrat und Regierung gegen die Rechte zu machen und zur Anlehnung an die Rechte zu zwingen.“

Wahlreform und Wehrreform.

th. Wien, 12. Februar.

In der Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Wien, in den Verhandlungen, die er hier führt, tut sich das ganze Gland der österreichisch-ungarischen Verhältnisse auf. Die Wehrreformvorlage ist der Gegenstand der Beratungen, aber nicht etwa ihre unrichtigen Mängel, wie, daß sie die zweijährige Dienstzeit höchst unvollkommen und nur deshalb einführt, um gleichzeitig das stehende Heer gewaltig zu vermindern. Solche Kleinigkeiten beizureichen die Herren im ungarischen Abgeordnetenhause nicht sonderlich, sie haben ihre staatsrechtlichen Einwände, z. B. daß bei Militärgeheimnissen nach der Militärstrafprozessreform in einigen Fällen auch in Ungarn in deutscher Sprache amtiert werden soll, oder daß die Referatkommissionen nicht in der Wehrzahl aus Zivilpersonen zusammengesetzt sind, oder daß der Kaiser das Recht besitzt, den ersten Jahrgang der Ersatzreserve auch im Frieden einzubehalten. Diese Bestimmungen scheinen übrigens eine ernsthafteste Verfassungsfrage zu betreffen — scheint aber nur. In Wahrheit handelt es sich darum, der Obstruktion bei Erpressung neuer staatsrechtlicher Ertrugenschaften eine stärkere Waffe in die Hand zu legen. Und selbst dies ist bloß die vorgeschützte Absicht. Bekanntlich wurde das Wehrgesetz und die Strafprozessreform von der ungarischen Regierung, also mit ihrer Zustimmung eingebracht; nun liegt jedoch Kauen wegen der Wehrreform seit sieben Monaten mit den Justizianern und den Kossuthianern im Kampfe, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen. In heller Verzweiflung hat er sich zuletzt in Verhandlungen eingelassen. Die Kossuthianer legten ihm die angeführten Forderungen vor und er begab sich nach Wien, um dort zu sehen, was von den Wünschen der Opposition durchzubringen wäre. Natürlich hat er damit nur seine Stellung bei Hofe verschlechtert, denn dieser will nicht auf das Recht verzichten, die Referatisten einzuberufen. Wenn die Ungarn einmal die Auslösung der Referatisten verweigerten, stünde er dann vor der Auslösung des ungarischen Teils der Armee.

Mit dem „Nein“ des Hofes fuhr Kauen heim, und ist heute wiedergekommen, um vorzulegen, was sich die Regierung von den Wünschen der Opposition zu eigen gemacht hat. Es sind so ziemlich dieselben Forderungen, nur in unbestimmterer Formulierung; es soll erklärt werden, daß die Einberufung der Referatisten nicht zum Nachteil der ungarischen Verfassung geschehen dürfe, und bei dem Kapitel Gerichtsverhinderung, „ohne Dolmetsch“ verhandelt. Es soll ferner Bosnien und die Herzegowina in das Wehrgesetz nicht einbezogen werden. Man sieht: die Sache nimmt durchaus die Form einer Farce an. Doch hinter der Farce steckt eine sehr ernste Sache: Die Absicht der Regierung und der Kossuthianer, die Wahlreform und die Wehrreform zu vereiteln. Die Justizianer verlangen, daß die Wahlreform vor der Wehrreform oder gleichzeitig mit ihr — da sie sonstigen das Land bildet — durchgeführt werden soll. Wie weit es eben Justizianer ernst meinen, steht dahin, nur haben sie sich eben festgelegt und können ohne äußerliche Kompromittierung nicht zurück. Die Lage des Monarchen ist aber wieder: Weil er die vor sieben Jahren verzierte Wahlreform preisgegeben hat, sieht er nach siebenjährigen Kampfe, wo er dagegen steht, hat die Wahl, entweder durch Zugeständnisse einmal sicher wäre. Denn die Justizianer beharren auf dem Kampf und die Kossuthianer zittern um ihre Popularität. Sie nehmen daher wieder die Obstruktion auf. Die Regierung droht mit dem Niederringen der Obstruktion, aber noch nie ist in Ungarn eine Obstruktion besieg worden. Oder wird jetzt

in den Wiener Verhandlungen die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen werden? Dann begünne im neuen Hause das alte Gland von neuem. Die Rettung liegt nur in der Wahlreform. Gerade ihr will aber die Regierung, wollen die Kossuthianer entziehen. Zudem sie dem Kaiser, der dringend Vermehrung des stehenden Heeres zu brauchen glaubt, „nationale Konzessionen“ abpressen, meinen sie, daß der Lärm des siegreichen Chauvinismus den Ruf nach der Wahlreform überdecken werde. Doch für diese — so oft schon wiederholten — Possenstücke sind die Zeiten wohl vorbei.

Wien, 12. Februar. Zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung ergab sich ein vollständiges Einverständnis in der Wehrreformfrage.

Für die Wahlreform.

Budapest, 12. Februar. Hier fanden gestern Strafenkündigungen für das gleiche geheime Wahlrecht statt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und trieb die Demonstranten mit blanker Waffe auseinander.

Deutsches Reich.

Das neue bayerische Ministerium.

Am Sonntag ist die Ernennung der neuen bayerischen Minister vollzogen worden. Das Zentrumministerium setzt sich wie folgt zusammen: Freiherr v. Hertling, Präsidium und Neuzug; Präsident des Oberlandesgerichts v. Heilemann, Justiz; Reichsrat Freiherr v. Soden, Inneres; Ministerialdirektor v. Anilling, Kultus; Staatsrat v. Breunig, Finanzen; Eisenbahndirektionspräsident v. Seidlein (München), Verkehr; Generaloberst Graf v. Horn, Krieg. Von den bisherigen Ministern ist nur Graf Horn, der Kriegsminister, in die neue Regierung übernommen worden, doch aus dessen Lage sollen gerüht sein; es heißt, daß er aus „Gesundheitsrücksichten“ demnächst zurücktreten werde, sein Nachfolger soll der Kommandeur des 3. Korps, Freiherr v. Krosenfeld in Würzburg werden.

Der Zentrumsführer Freiherr v. Hertling, der dem neuen Kabinett den Stempel aufdrückt, steht im 68. Lebensjahre. Er ist eins der tätigen und eifrigsten Mitglieder der Zentrumspartei. Seine parlamentarische Laufbahn begann er schon im Jahre 1875, kurz nachdem er sich als Privatdozent für Staats- und Rechtsphilosophie in Bonn niederlassen hatte. Er vertrat den Wahlkreis Koblenz-St. Goar, von 1875 bis 1890, dann blieb er sechs Jahre dem Reichstage fern, von 1896 bis 1903 schickte ihn der bayerische Wahlkreis Jülich und seitdem der sichere Zentrumskreis Münster-Coesfeld in den Reichstag. Seit dem Tode des Grafen Cospolich im Jahre 1909 ist er Vorsitzender der Zentrumspartei im Reichstag gewesen und wurde auch diesmal wieder auf diesen Posten gewählt. Seit 1891 gehört er dem bayerischen Reichsrat als lebenslangliches Mitglied an.

Hertling ist der „Staatsmann“ im Zentrum, der die Taktik befolgt, das Zentrum als regierende Partei zu erhalten und innerlich so zu gestalten, daß es dauernd regierende Partei bleiben kann. In den Zeiten des Konflikts zwischen Zentrum und Regierung, wie beispielsweise nach der Auflösung des Reichstages im Dezember 1906, wurde Hertling als Fraktionsleiter unsichtbar; in solchen Zeiten haben die Erzberger, Grober und Noeren das Wort, um in den Volksmassen die Opposition zu schüren und dem Zentrum den Anhang zu sichern. Sobald aber die ersten Fäden zwischen Zentrum und Regierung wieder geknüpft sind, da erscheinen die Diplomaten des Zentrums, an der Spitze Freiherr von Hertling, und mühen sich, durch konziliante Formen und weiches Entgegenkommen an die Regierung die demokratischen Vorurteile vergessen zu machen, die in oppositionellen Perioden von den Wortführern des Zentrumsvolkes begangen wurden. Hertling, der wohl auf keinem Katholikentage fehlte, gehört auch zur sogenannten Kölner Richtung, und er hat diese Stellung wohl besonders dadurch dokumentiert, daß er auch zwei Protestanten in sein bayerisches Zentrumministerium nahm. Er wird vermutlich auch noch Kräfte bestrafen, den Bogen nicht zu überspannen, um keinen und des Zentrums Einfluß an der Regierung so weit als möglich zu verankern. Wenn besondere Klugheit die Dauer eines Zentrumministeriums in Bayern verlängern kann, würde Freiherr v. Hertling der geeignetste Mann sein, den sich das Zentrum wünschen konnte.

Der neue Minister des Innern, Freiherr v. Soden, ist seit Mitte der neunziger Jahre Reichsrat und hat sich bisher vorzugsweise der Landwirtschaft gewidmet. Er ist Vorsitzender des bayerischen Landwirtschaftsrats, gehörte auch dem deutschen Landwirtschaftsrat an und hat in dieser Eigenschaft seinerzeit Stellung gegen Professor Sorlieb genommen, der die Kollisionsgeschichte aufdeckte. Außerdem ist Soden Führer des bayerischen katholischen Adels und einer der bevorzugten politischen Berater des Kronprinzen Ludwigs. Mit ihm geht also nicht nur ein guter Zentrumsmann, sondern auch ein besonderer Vertreter agrarischer Interessen in die bayerische Regierung ein.

Der Justizminister ist Protestant. Seine Ernennung verdankt er wohl der Stellung als Präsident des bayerischen Oberlandesgerichts und dem hohen Ansehen, in dem er am Hofe des Kronprinzen steht.